

**MASSEN MEDIEN IM KALTEN KRIEG.
STUDIEN ZUR GESCHICHTE VON REPRÄSENTATIONEN DES SYSTEMKONFLIKTS
IM OST-WEST-VERGLEICH**

**Thomas Lindenberger/Christine Bartlitz/Uta C. Schmidt
in Kooperation mit Arnd Bauerkämper und Marcus M. Payk**

1. Fragestellungen

Der auf das Auseinanderbrechen der Allianz der Siegermächte folgende Kalte Krieg war nicht nur auf der Ebene der internationalen Beziehungen, sondern auch innerhalb der europäischen Staaten und Gesellschaften mit tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Konflikten verbunden. Das Ziel des Projekts „Massenmedien im Kalten Krieg“ besteht darin, anhand (zunächst) der DDR, der BRD und Frankreich die politische Funktion und die kulturelle Bedeutung der Massenmedien, insbesondere der audio-visuellen Massenmedien (Kino, Radio, Fernsehen), im Hinblick auf diese innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen miteinander zu vergleichen.

Bislang wurde in der historischen Forschung wenig nach den Auswirkungen des Kalten Krieges auf den sozialen Alltag gefragt, obwohl es doch den politischen Akteuren in allen beteiligten Gesellschaften darum ging, langfristig die Bürger auf ihre „richtige“ Seite zu bringen. Der Popularisierung von Freund-Feind-Schemata unter massiver Anfachung von Bedrohungsängsten, der kompensatorischen Ausschreibung von konsumistischen wie sozialpolitischen Prämien und der Mobilisierung nationalistischer bzw. kollektiver Identitäten kam dabei eine entscheidende Rolle zu. Zur Legitimierung politischer Herrschaftsordnungen und deren Einbindung in eines der beiden „Weltlager“ wurden kollektive Identitäten und politische Ausgrenzungen propagiert und zugleich die Legitimität der gegnerischen Vorstellungen von Gemeinschaften (*imagined communities*) angegriffen. Fragt man, welche Bilder und Texte sich dabei als relevant erwiesen, welche Stereotype und Erzählungen auf gesellschaftliche Resonanz stießen und welche nicht, so erweitert sich der Kalte Krieg zu einem mentalitätsgeschichtlichen Untersuchungsfeld. Es liegt auf der Hand, daß im Zeitalter der Massenkommunikation derartige, für das gesellschaftliche und politische Klima des Kalten Krieges charakteristische Mentalitäten in hohem Maße mediengeleitet und mediengeprägt waren.

Mit dieser Schwerpunktsetzung greift das Projekt die aktuelle Diskussion um Geschichte und Medien auf und leistet einen Beitrag zur systematischen Einbeziehung audiovisueller Quellen in allgemeine Fragestellungen der Zeitgeschichte. Die Frage nach den sozialen und mentalen Dimensionen des Kalten Krieges in verschiedenen Gesellschaften ist dafür in besonderem Maße geeignet: Die Entwicklung, Verbreitung und Aneignung massenmedialer Bilder und Töne ist der Tendenz nach global und schafft damit Nachfrage- und Angebotskonstella-

tionen, in denen nationale und internationale Strukturen und Interessen, Bedürfnisse und Traditionen, Moden und Innovationen fortwährend einander begegnen und durchdringen.

Daraus ergeben sich folgende Fragestellungen: Welche innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Rahmenbedingungen ermöglichten oder begünstigten den Einsatz der Massenmedien in den mit dem Kalten Krieg verknüpften innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen, welche aus der jeweiligen Blockzugehörigkeit resultierenden Herrschaftsstrukturen und Interessen waren dabei maßgeblich? Wie wirkten sich die politischen Systemspezifika „parlamentarische Demokratie“ und „staatssozialistische Diktatur“ auf den Einsatz der Massenmedien im Kalten Krieg aus? Wie „führten“ politische und gesellschaftliche Akteure den Kalten Krieg in den Medien, inwieweit konnten sie die Medien für ihre Zielsetzungen instrumentalisieren? Wie inszenierten und erzählten Medienmacher den Kalten Krieg und wie eigenständig bzw. abhängig waren sie dabei gegenüber ihren politisch-gesellschaftlichen Auftraggebern? Welche Erzählungen, Bilder und Symbole wurden verwandt, um die mit dem Kalten Krieg verknüpften Vorstellungen von kollektiven Identitäten und Fremdbildern zu repräsentieren? Wurde dabei an bereits Vorhandenes angeknüpft oder Neues „erfunden“? Welche Massenmedien kamen dabei aufgrund ihrer technischen und ästhetischen Möglichkeiten in spezifischer Weise zum Einsatz? Welche Bedeutung und welche Resonanz hatten die auf den Kalten Krieg bezogenen Medienprodukte für die öffentliche Kommunikation und gesellschaftliche Orientierungsprozesse in den verschiedenen nationalen (Teil-)Gesellschaften?

Der zeitliche Schwerpunkt dieses in vier Einzelprojekte gegliederten Projekts liegt in den späten vierziger bis sechziger Jahren. Die DDR bzw. der innerdeutsche Konflikt stellt die gemeinsame, in jedem Einzelprojekt vertretene „Achse“ des Projekts dar. Die staatliche Teilung der Gesellschaft wird damit als spezifisch deutsche Verlaufs-Variante des Kalten Krieges herausgearbeitet.

2. Weiterführende Hypothesen und Begriffe

Zwischen „Kalter Bürger-Krieg“ und „imagined community“: Der Kalte Krieg als innergesellschaftlicher Konflikt

Patrick Major hat 1997 in seiner Studie über den „Tod der KPD nach 1945“ für den innenpolitischen Antagonismus im Deutschland der fünfziger Jahre die Bezeichnung „Cold Civil War“ geprägt. Damit bezeichnet er die aktive, bis zum äußersten der gegebenen Möglichkeiten gehende Bekämpfung eines innenpolitischen Gegners, der als „Feind“ und unmittelbare Bedrohung der politischen Ordnung wahrgenommen und der international vorgegebenen Frontlinie des Kalten Krieges zugeordnet wird. Der Kalte Krieg war demnach weder in Ost noch in West lediglich eine Frage der Zugehörigkeit zu einer der beiden „Weltlager“, sondern wurde zugleich auch im Innern der beteiligten Staaten als ideologischer, politischer und sozialer Kampf, im Extremfall von Bürgern gegen Bürger, ge-

führt und wahrgenommen – unter Einsatz auch staatlicher Gewalt, kaum physischer Gegengewalt, in jedem Fall aber unter Einsatz von politisch-ideologischer Macht.

Die Thematisierung von Staat und Bürgern/citizen als Akteure des Kalten Krieges öffnet den Blick für dessen gesellschaftliche Dimension, ohne von seiner staatspolitischen Bedingtheit abzusehen. Im Namen universeller Prinzipien mobilisierten und rekrutierten politische Akteure Bürger für den Kampf gegen Mitbürger, die als Agenten des Feindes, fünfte Kolonne, fellow travellers, Neutralisten etc. stigmatisiert und ausgegrenzt wurden.

Dabei gilt es freilich zu differenzieren, was die gesellschaftliche Legitimität der jeweiligen Staatsordnungen in Ost und West anbelangt. In den kommunistischen Diktaturen wurden diese Kampagnen gegen den Feind im Innern der Gesellschaft gegen die Mehrheit der Gesellschaft geführt und waren von einer kaum gezügelten und von der Sowjetunion abgesicherten Entfaltung staatlicher Repression begleitet. In den westlichen Demokratien kam es überwiegend zur Entfremdung zwischen den Kontrahenten, die vor allem innerhalb der zivilgesellschaftlichen Institutionen (Berufsverbände, Gewerkschaften, Kirchen) eine wichtige Rolle spielen.

Selbstverständlich ist davon auszugehen, daß nicht in allen hier untersuchten Fällen und zu allen Zeiten des Untersuchungszeitraumes in diesem Sinne vom Zustand eines „Kalten Bürger-Krieges“ gesprochen werden kann. Herauszuarbeiten, inwieweit und wann es zu einer innenpolitischen Frontstellung kam, die sinnvoll mit der Metapher „Kalter Bürger-Krieg“ zu umschreiben ist, wird eine Forschungsaufgabe des Projekts sein.

Umgekehrt ist auch nach gesellschaftspolitischen Strategien zu fragen, die danach strebten, die reale oder drohende Spaltung von Gesellschaft, Nation und Staat materiell und/oder ideell zu kompensieren bzw. zu überwinden. Jede der untersuchten Gesellschaften und (Teil-)Staaten suchte nach dem Zweiten Weltkrieg Wege zurück zu „Normalität“ und „Ordnung“ im Rahmen einer stabilen „imagined community“ (Anderson). Jede von ihnen mußte ab Ende der vierziger Jahre bis hin zu den sechziger Jahren Krisensituationen durchstehen, die aufs engste mit der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten bipolaren Weltordnung verknüpft waren und zugleich ihren politischen und sozialen Zusammenhalt gefährdeten (und im Fall Deutschlands auflösten).

Geschichte der Repräsentationen

Mit dem Begriff der „Geschichte der Repräsentationen“ (*histoire des représentations*) knüpft das Projekt an Roger Chartiers (1989) Erneuerung der Mentalitätengeschichte an. „Repräsentationen“ umfaßt dabei sowohl die sich in Worten, Bildern, Zeichen, Symbolen etc. manifestierenden virtuellen Vorstellungen von „Welt“, als auch die materiellen Träger von Zeichen, Symbolen und Spuren der Kommunikation, einschließlich ihrer Herstellung, Vervielfältigung, Verbreitung und Aneignung. Letztere sind wesentlich von ökonomischen und sozialen

Strukturen und Beziehungen determiniert. Kommunikations-Medien fungieren als Apparaturen im Schnittpunkt dieser beiden Vorgänge, wodurch beide im jeweils anderen präsent sind: das Virtuelle im Materiellen und umgekehrt. Chartier hat diese Verschränkung von Sozial- und Geistesgeschichte anhand des Verlagswesens im vorrevolutionären Frankreich exemplarisch analysiert.

Auf die Problematik der Massenmedien im Kalten Krieg bezogen, führt das Paradigma der „Geschichte der Repräsentationen“ zu einer komplexen Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes: Eine rein inhaltliche, semiologische oder ikonologische Betrachtung der Produkte von Film, Radio, Fernsehen wäre ebenso unangemessen, wie sich auf politische und ökonomische Strukturen und Prozesse bei der Produktion, Distribution und Konsumtion dieser Produkte zu beschränken. Während ersteres Vorgehen wohl den Erfordernissen einer Kunst- und/oder Geistesgeschichte entspräche, letzteres hingegen der Logik einer reinen „Politikbereichs“- oder „Wirtschaftszweiggeschichte“ folgen würde, geht es im Projekt darum, die Wechselwirkungen zwischen den beiden Aspekten herauszuarbeiten. Deren besondere Relevanz liegt in der gerade in der Systemkonkurrenz von Ost und West besonders zum Tragen kommenden doppelten Signifikanz moderner Massenmedien: Diese übermittelten nicht nur *Vorstellungen* einer Welt, die unter anderem durch den Kalten Krieg geprägt war, sondern repräsentierten „West“ bzw. „Ost“ zugleich selbst durch ihre pure Präsenz und Materialität, als Indikator von Wohlstand, Modernität und technischer Effizienz, von Freiheit und Souveränität, von Wahrheit, Reinheit und Kultur, aber auch von Machtanspruch und Herrschaftswillen, wie sie von beiden Konfliktparteien für sich beansprucht wurden.

3. Zu Quellen und Methoden

Das Projekt wird in seiner empirischen Arbeit zum einen mit den Methoden der historischen Quellenkritik arbeiten. Die unmittelbare Übertragung von Methoden der empirischen Sozialwissenschaften, wie sie insbesondere in der Rezeptions- und Wirkungsforschung der Kommunikationswissenschaften verbreitet sind, auf die Erforschung vergangener Wirklichkeiten erscheint hingegen problematisch, da sich die Voraussetzungen für den Einsatz dieser Methoden (Umfragen, Messung von Zuschauerreaktionen) „retrospektiv“ nicht einfach reproduzieren lassen (allenfalls mit einem unvermeidbar hohen Aufwand). Im historischen Feld erscheint es, was die Erforschung der gesellschaftlichen Resonanz von Massenmedien und ihren Produkten anbelangt, vielversprechender, mehrere Quellengattungen systematisch zu kombinieren, um zu Plausibilitätsannahmen zu gelangen, die nicht das Meßniveau von Einschaltquoten beanspruchen, dafür aber zu sinnvoll-

len Aussagen über die Relevanz eines Medienproduktes im historischen Kontext beitragen.¹

4. Anlage des Projekts

Das Projekt besteht derzeit aus drei Einzelprojekten (Lindenberger, Schmidt, Bartlitz) und einem assoziierten Projekt (Payk). Deren innerer Zusammenhang ergibt sich nicht etwa aus der Behandlung eines Massenmediums (z. B. Presse, Film, Radio oder Fernsehen), dessen Geschichte länderspezifisch in jedem der Einzelprojekte untersucht würde; gerade dies würde die in den Medienwissenschaften vorherrschende Praxis der segmentierten Geschichtsschreibung entlang institutionell-technologischer Untersuchungsgegenstände fortschreiben. Vielmehr wird von der Überlegung ausgegangen, daß gerade die Verknüpfung des Rahmenthemas „Massenmedien im Kalten Krieg“ mit quer dazu stehenden politik-, sozial- und kulturhistorischen Problematiken eine größere analytische Tiefe im Einzelprojekt ermöglicht. Darüber hinaus ergeben sich aufgrund der gemeinsamen Problemstellungen „Massenmedien“, „kollektive Identitäten“ und „Kalter (Bürger-)Krieg“ zahlreiche Anknüpfungspunkte für direkte Vergleiche zu Querschnittsthemen, die es ermöglichen, Forschungsergebnisse der Einzelprojekte exemplarisch zusammenzuführen und gemeinsam zu publizieren. Dazu werden vor allem die herausragende Bedeutung des Films in der Medienlandschaft der fünfziger Jahre, das Spannungsverhältnis von nationaler Eigenständigkeit und Blockzugehörigkeit, Reaktionen auf die befürchtete oder tatsächliche Medien-Übermacht der USA und auf die Adaption angelsächsischer Demokratievorstellungen, die Rolle der Religion in den gesellschaftlichen Orientierungsprozessen nach 1945 sowie die Bedeutung von Geschlecht in Diskursen des Kalten Krieges gehören.

Thomas Lindenberger

Film im Kalten Krieg – Kalter Krieg im Film: Studien zum deutsch-französischen Vergleich

Untersuchungsgegenstand

Das Projekt untersucht das Verhältnis von Film und Gesellschaft im Kalten Krieg. Es zielt damit auf Erkenntnisse über die historische Bedeutung des Films für gesellschaftlich relevante Repräsentationen des Kalten Krieges in seinen internationalen wie innergesellschaftlichen Bezügen für zwei resp. drei europäische Nachkriegsgesellschaften (Frankreich und Deutschland bzw. BRD/DDR). „Film“ als Untersuchungsgegenstand steht hierbei für ein soziales Subsystem,

das die Produktion, Distribution und gesellschaftliche Resonanz von Kinofilmen umfaßt, die für ein breites Publikum bestimmt sind. Zum Untersuchungsgegenstand gehören also die durch Politik und Wirtschaft gegebenen Produktions- und Distributionsbedingungen, konkrete Filme in ihren inhaltlichen und formalen Dimensionen und die Öffentlichkeiten, die sich mit Filmen beschäftigten und sich zu ihnen verhielten.

Als Institution und Medium eignet sich „Film“ in besonderem Maße für einen transnationalen bzw. System-Vergleich, der Aufschlüsse über die konsensfähigen oder umstrittenen, fest verwurzelten oder sich neu durchsetzenden Vorstellungen von Gemeinschaften (*imagined communities*) und deren Grenzen bzw. Gegner erlaubt. Das Projekt geht dabei von der Überlegung aus, daß jene Gesellschaften, deren Staaten im Kalten Krieg zu Verbündeten einer der beiden Hegemonialmächte wurden, in je spezifischer Weise ihren Standort in dieser Auseinandersetzung definieren mußten, auch und gerade in Abgrenzung zu den Interessen und Vorgaben des jeweiligen Hegemons und bisweilen sogar im Gegensatz zur jeweiligen „Staatsräson“. Auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ wurden kollektive Identitäten formuliert und diskutiert, die negativ oder positiv „Bündnistreue“ und nationalen „Eigensinn“ miteinander verknüpften. Nationale (im deutschen Fall: konkurrierende) Filmkulturen und ihre Produkte werden hier als Angebote interpretiert, die unter anderem auf diese durch den Kalten Krieg bewirkte gesellschaftliche Nachfrage nach erzählten und bebilderten Kollektiv-Identitäten reagieren. Dabei stand in den beiden westlichen „Fällen“ Frankreich und BRD dafür ein wesentlich größerer Spielraum zur Verfügung als in der DDR, zugleich war der ökonomische Druck der amerikanischen Filmindustrie aber um so größer. Dennoch waren aber auch diesen liberalen Verfassungsstaaten im Untersuchungszeitraum politisch begründete Zensur bzw. zensurähnliche Selbstkontrollen der Filmindustrie und politisch motivierte Behinderungen durch die staatliche Filmförderung keinesfalls fremd. Auf der anderen Seite konnte sich die DDR trotz aller diktatorisch durchgesetzter Abschottungsmaßnahmen nie dauerhaft der Sogwirkung des westlichen Einflusses entziehen und bemühte sich bis in die Mitte der sechziger Jahre darum, im innerdeutschen Konflikt die Position der nationalen Einheit gegen die „antinationalen“ Einflüsse „amerikanischer Dekadenz“ zu reklamieren.

Vor diesem Hintergrund sind dem Projekt folgende Fragestellungen zugrunde zu legen: Wie repräsentierte der Film als (kultur)politische und ökonomische Institution die existentielle Teilung Europas und der Welt? Wie repräsentierten Filme die prekäre Identität und von Konflikten gefährdete Einheit zweier Nachkriegsgesellschaften, die eine „problematische“ Vergangenheit hinter sich lassen wollten und zugleich in ihrem Innern den Systemkonflikt nachzuvollziehen hatten? Mit welchen (Feind-)Bildern und Erzählungen vermittelten Filme Vorstellungen von Gemeinschaft (*imagined communities*)? Wie trugen Filme dazu bei, in den innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Orientierungsprozessen der untersuchten Gesellschaften deren spezifischen Ort im Kräftefeld des bipolaren Systemkonflikts zu diskutieren und neu zu bestimmen?

¹ Vgl. Schmidt, Uta C.: Radioaneignung, in: Marbolek, Inge/ Saldern, Adelheid von (Hg.): Zuhören und Gehörtwerden, Bd. 1: Radio im Nationalsozialismus: zwischen Lenkung und Ablenkung, Tübingen 1998, S. 243–360.

Die Beantwortung dieser Fragen soll einen Beitrag zum Verständnis des europäischen Films als Gegenstand, Medium und „Waffe“ im Kalten Krieg leisten.

Vergleichsanordnung und zeitliche Eingrenzung

Ausgangspunkt des Vergleichs sind die Nachkriegsgesellschaften Deutschlands und Frankreichs im Moment des „Ankommens“ des Kalten Kriegs in der nationalen Politik 1946/47. In den fünfziger Jahren stehen beide Gesellschaften, so gegensätzlich ihre Ausgangslage auch sein mag, unter dem Zwang einer fundamentalen Neuorientierung im Hinblick auf ihren Platz in der neuen bipolaren Weltordnung. Sie müssen überlieferte Selbstbilder von nationaler „Größe“ und Souveränität aufgeben bzw. neu formulieren. In beiden Gesellschaften ist dies mit existentiell bedrohlichen, längeren Krisenzuständen verbunden (deutsche Teilung und Berlinkrisen; französische Kolonialkriege, Staatskrise und Übergang zur V. Republik). Der Endpunkt des Vergleichs wird mit den frühen sechziger Jahren gesetzt, in denen der Mauerbau einerseits die deutsche Teilung bis auf weiteres festschreibt, die Annäherung der westlichen „Fälle“ Frankreich und BRD sich festigt und die internationale Entspannung nach Beilegung der Kubakrise insgesamt das Ende der „heißen“ Phase des Kalten Kriegs markiert. Zugleich bietet sich dieser Endpunkt auch unter film- und mediengeschichtlichen Gesichtspunkten an: Zu dieser Zeit wird in der BRD und in Frankreich ein einschneidender Generationswechsel in der Filmkunst vollzogen; zugleich setzt mit der Ausbreitung des Fernsehens ein drastischer Rückgang des Kinokonsums ein.

Im Laufe des Untersuchungszeitraums entwickeln sich die Vergleichsfälle auf der einen Seite zu zwei, in das westliche Bündnissystem integrierten, liberalen Demokratien, die umfassende gesellschaftliche Modernisierungsprozesse durchlaufen und in denen eine spezifisch (west)europäische Identität ideell und praktisch an Bedeutung gewinnt. Aus der SBZ wird derweil eine staatssozialistische Diktatur, deren Führung im Rahmen einer sozialistischen Staaten-Zwangsgemeinschaft ungebrochen die „wahre“ Nation der Deutschen zu repräsentieren beansprucht, auch im Film. Dadurch fächern sich die vergleichenden Bezüge auf: Neben dem Dreiecksvergleich Frankreich-Bundesrepublik-DDR rückt je nach Untersuchungsgegenstand der „innerwestliche“ bzw. der deutsch-deutsche System-Vergleich in den Vordergrund. Auch für das Vergleichspaar Frankreich-DDR lassen sich aufgrund des starken Einflusses der Kommunisten unter den französischen Filmschaffenden sinnvolle Aspekte des Themas bearbeiten (Neorealismus/Sozialistischer Realismus). Neben dem direkten Vergleich separater Einheiten gehören auch beziehungsgeschichtliche Dimensionen zum Untersuchungsgegenstand (Besatzungspolitik, Koproduktionen, Filmauswertung, Filmrezeption, Festivals).

Untersuchungsebenen

Für die empirische Untersuchung des Themas werden drei Untersuchungsebenen festgelegt:

A: Die Produktions- und Distributionsbedingungen, die an bestimmte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen (liberale Demokratie, staatssozialistische Diktatur; Marktwirtschaft, Planwirtschaft) gebunden sind und in unterschiedlichem Maße eine relativ autonome Existenz des „Films“ als soziales Subsystem und dessen Integration in internationale Austauschbeziehungen zulassen, einschließlich der Zensur und zensurähnlicher (Selbst-) Kontrollen.

B: Inhalte und Formen von Filmen. Der Kalte Krieg stellt *nur einen Aspekt* sozialer Wirklichkeit dar, die in den – im Untersuchungszeitraum hergestellten – Filmen verarbeitet wurde, daher ist sein relatives Gewicht im Filmschaffen der zwei bzw. drei Vergleichsfälle zu bestimmen und miteinander zu vergleichen. Dazu sind dominierende und minoritäre Themen, Genres und formale Gestaltungsmittel herauszuarbeiten und mit nationalen Traditionen, internationalen Einflüssen (Hollywood-Konkurrenz), politischen Einflußfaktoren (Zensur) und gesellschaftlichen Veränderungen (Wiederaufbau, Modernisierung) in Beziehung zu setzen.

C: Die gesellschaftliche Resonanz von Filmen im Rahmen nationaler Filmöffentlichkeiten. Damit wird hier zunächst die Gesamtheit von öffentlichen Verhaltensweisen und Artikulationen gefaßt, die sich auf Filmereignisse beziehen: Das Verhalten des Publikums, öffentliche und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen und Ereignisse sowie die Filmkritik. Keine dieser Umgangsweisen kann allein für sich genommen für die Aneignung von Filmen stehen, nur im Zusammenhang betrachtet, erlauben sie Plausibilitätsannahmen über ihre gesellschaftliche Wirkung.

Forschungsmethoden und Quellen

Das Projekt stützt sich zu einem großen Teil auf die systematische Auswertung und Zusammenführung der Ergebnisse der reichhaltigen, thematisch vielfältigen, aber nur verstreut zugänglichen und teilweise hochspezialisierten Sekundärliteratur und auf die veröffentlichte zeitgenössische Sozialforschung. Dabei wird es insbesondere darum gehen, die bereits vorhandenen Ergebnisse von Fachdisziplinen in den historischen Bezugsrahmen der Untersuchung einzuordnen. Ergänzend wird schriftliches historisches Quellenmaterial, wo dies vom Forschungsstand und von konkreten Untersuchungsgegenständen her geboten ist, herangezogen. Dazu gehören vor allem für die westlichen Vergleichsländer die vielfältige zeitgenössische Filmpublizistik sowie für die DDR auch archivalische Überlieferungen.

Uta C. Schmidt

Geschlecht in Selbst- und Fremdbildern des Kalten Krieges (1945–1965) Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte

Untersuchungsgegenstand

1997 zeigte die Ausstellung „Ungleiche Schwestern“ des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Frauenleben in Ost- und Westdeutschland. Das Ausstellungsplakat warb mit zwei sich gegenüberstehenden Weiblichkeitsbildern: hier die im duftigen Oestergard-Modell gewandete Mittelschichtenfrau, da die proletarische Traktoristin im männlichen Arbeitsdrill. Beide Frauentypen repräsentierten polarisierend zwei politische Systeme mit ihren jeweiligen Wunschhorizonten. Das Ausstellungsplakat positionierte damit internalisierte Chiffren für die Wahrnehmung des jeweils eigenen und des anderen deutschen Teilstaates. Abgesehen davon, daß diese plakative Eindeutigkeit zu historischer Differenzierung auffordert – eine weitergehende Betrachtung wirft komplexe Fragen nach der Vergeschlechtlichung² von Gemeinschaftsvor- und darstellungen, den institutionellen Orten von Frauen und Männern sowie der Rolle der Geschlechterordnung für die innere Stabilität des jeweiligen Gemeinwesens auf.

Das im Juni 2001 am ZZF begonnene Forschungsprojekt sucht Antworten auf diese Fragen. Es verfolgt, wie medial vermittelte Selbst- und Fremdbilder im Koordinatensystem des Kalten Krieges über Vorstellungen vom „richtigen“ Geschlechterverhältnis konstruiert wurden und welchen Beitrag diese medial vermittelten Bilder zur politisch-kulturellen Artikulation von Gemeinschaftsvorstellungen im Ost-West-Verhältnis leisteten. Im Rahmen des Schwerpunkts

2 Das Substantiv „Vergeschlechtlichung“ wie das Adjektiv „vergeschlechtlicht“, welches hier im Kontext der Bilder- und Bedeutungsherstellung die *Prozeßhaftigkeit* betont, übersetzt den englischen „gender“-Begriff mit seinen theoretischen Implikationen ins Deutsche. „Gender“ – ursprünglich eine lexikalisch-grammatische Kategorie – wurde Anfang der achtziger Jahre in der us-amerikanischen Frauenforschung ausformuliert, um im Bezug zu „sex“ als „biologischem“ Geschlecht die soziale, politische, kulturelle Konstruiertheit von „Geschlecht“ hervorzuheben (Scott 1986). Dieses sex-gender-System wurde mittlerweile als unzureichend verworfen (Bock, 1991: 77ff.), da die Vorstellung eines „biologischen“ Geschlechtsunterschieds selber als kulturelles Bedeutungssystem analysiert werden muß (Schmidt 1994: 176ff.). Gleichwohl eröffnete das sex-gender-Paradigma erst einmal einen Denkhorizont, der Fragen nach der historischen Konstruiertheit von „Geschlecht“ überhaupt möglich machte. „Geschlecht“ konnte sich als historische Struktur- und Bewegungskategorie etablieren. Fragen nach der Ausformulierung von „Geschlecht“ als gesellschaftlicher Ordnungskategorie, nach seiner Bedeutung für die gesellschaftliche Kommunikation sowie nach seiner Auswirkung auf die Verteilung von Macht, Wissen und Wahrheit erweiterten produktiv das Wissen über vergangene Gesellschaften. Verschiedentlich wird heute dafür plädiert, den Begriff *gender* unübersetzt zu verwenden, da *gender* wie die französischen und spanischen Begriffe *genre* und *genero* jenseits der im Deutschen mitschwingenden sexuellen Konnotation auf die lateinische Abstammung *generare* – erzeugen – verweist und damit bereits terminologisch markiert, daß es um das Erzeugen von Repräsentationen, Klassifikationen und Beziehungen geht (von Braun/Stephan 2000: 9ff.). Damit ergäben sich jedoch für die deutschsprachige Geschichtsschreibung neue begriffliche Probleme, denen mit den hier gewählten Partizipalkonstruktionen begegnet wird.

„Medien und Kalter Krieg“ werden die Vor- und Darstellungen von Geschlechterordnung als inter- wie innersystemische Aktionsfelder des Kalten Krieges thematisiert und massenmediale Effekte für eine Kultur des Kalten Krieges beschrieben. Der Blick gilt dabei beziehungsgeschichtlich Aspekten der Verflechtung und Abgrenzung dieser vergeschlechtlichten Gemeinschaftsvorstellungen.

Forschungsfragen

Das Projekt konzentriert sich dazu auf das Feld der Familienpolitiken in SBZ/DDR bzw. Westzonen/BRD, in dem die jeweilige Geschlechterordnung festgeschrieben wurde und über deren Repräsentationen sich die einen Deutschen von den anderen deutlich absetzten und abzusetzen lernten. Der Untersuchungszeitraum orientiert sich zum einen an der Ausarbeitung jener Artikel, die den Schutz von Ehe und Familie sowie die Gleichheit der Geschlechter verfassungsmäßig garantierten, zum anderen am Familiengesetzbuch der DDR, dessen Verabschiedung 1965 auch in der BRD eine Diskussion über den „wahren“ Schutz von Ehe und Familie auslöste.

Folgende Fragen leiten die Untersuchung:

- Welche historischen Erfahrungen, Kontexte, Konstellationen und Bezüge flossen in die Familienpolitiken ein?
- Welche Orte werden Männern und Frauen durch die jeweiligen Familienpolitiken zugewiesen?
- Wie strukturierten die familienpolitisch institutionalisierten Geschlechterordnungen Gemeinschaftsvor- und -darstellungen, also das „Eigene“ und das „Fremde“?
- Wo und wie wurden Repräsentationen von Geschlecht zum Aktionsmoment im Kalten Krieg?
- Wie vermitteln sich die Repräsentationen von Geschlecht in den jeweiligen kulturellen Deutungshorizont?

Der Fragenkatalog macht deutlich, daß sich dieses Forschungsvorhaben für mehr als die sozialgeschichtlichen Dimensionen der Familienpolitik in SBZ/DDR und Westzonen/BRD interessiert. Es zielt auf das Wechselspiel zwischen Strukturen, Deutungsmodellen, Vermittlungsstrategien und Aneignungsweisen, in denen Individuen und Kollektive ihren sozialen Weltbezug schufen und das letztlich so wirksam werden konnte, daß wir BRD und DDR als zwei polarisierend gegenüberstehende Weiblichkeitskonzeptionen zu dechiffrieren lernten (s.o.). Um den Inhalten, Formen, Schauplätzen und Effekten dieses permanenten Wechselspiels auf die Spur zu kommen, sind vier Untersuchungsbereiche angelegt:

Untersuchungsbereiche

Historische Erfahrungen und Geschlechterordnung:

Beide deutsche Teilstaaten besaßen mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine gemeinsame Tradition patriarchaler Familienordnung sowie dagegen gerichteten

frauenbewegten und sozialistischen Kampfes. Prägend wirkten auch die gemeinsamen Erfahrungen mit nationalsozialistischer Familienpolitik, die die Grenzen zwischen der Privatsphäre der Familie und der öffentlichen Sphäre der Politik durch ihre rassistisch bestimmte bevölkerungspolitische Zielsetzung aufhob. Das zeitgenössische Interesse, die innere Stabilität der jeweiligen Gesellschaften über den Schutz von Ehe und Familie abzusichern, beruhte auf konkreten Kriegs- wie Krisenerfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ebenso leiteten vor allem die Zeitgenossinnen aus diesen Erfahrungen lebensweltlich wie moralisch das Anrecht auf eine nicht nur staatsrechtliche Gleichberechtigung „Ohne Wenn und Aber“ (Elisabeth Selbert) ab, das ihnen in der DDR als sozialistisches Essential unstrittig, in der BRD als Art. 2, Abs. 3 des GG erst nach lautstarken Frauenprotesten verfassungsrechtlich zugestanden wurde. Liest man die westzonalen Auseinandersetzungen um Gleichberechtigung und staatlichen Schutz von Ehe und Familie als interdependente Paralleltexte, so zeigt sich deutlich, daß es in Frontstellung zum sich ebenfalls gründenden „kommunistischen“ deutschen Teilstaat um die Besetzung zentraler Felder einer zukünftigen Gesellschaftsordnung ging. Hier wurde in Abgrenzung zum „Kollektiv“ des Ostens die „Kernfamilie“ als Modell für die imaginierte Gemeinschaft restituert, in der soziale Hierarchien zu mutmaßlicher Einheit geordnet sind. Wie mit den gemeinsamen familienpolitischen Traditionen und Brüchen in der SBZ/DDR umgegangen wurde, um in Verflechtung mit und in Abgrenzung zum Westen „Gemeinschaft“ zu konstituieren, bedarf noch einer ausführlichen Untersuchung, die wie für den westdeutschen Teilstaat von der Hypothese geleitet wird, daß in den kollektiven Verständigungsprozessen nicht nur die Grenzen zwischen „Gut“ und „Böse“ (Kaldor) neu gezogen wurden, sondern – funktional darauf bezogen – ebenso zwischen den institutionellen Orten von Männern und Frauen. In diesen Positionierungsprozessen spielten die Massenmedien als Steuerungs- und Orientierungsinstanzen gesellschaftlicher Kommunikation eine entscheidende Rolle.

Geschlechterordnung und politische Verfaßtheit:

In der BRD wie in der DDR hatte die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Schutz von Ehe und Familie gleichermaßen Verfassungsrang. Die rechtliche und politische Ausgestaltung der familienpolitischen Konzepte verlief systembedingt unterschiedlich, jeweils mit Blick auf den konkurrierenden anderen Teil. So reorganisierte das Familienministerium unter Minister Franz-Josef Wuermeling in Bonn um so unnachgiebiger tradierte Rollenbilder, als sich die DDR – primär aus ökonomischen Gründen – um die Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß kümmerte. Bei allen Abgrenzungsanstrengungen wies die Familienpolitik beider Teilstaaten jedoch eine erklärungsbedürftige Übereinstimmung auf: beide verknüpften durchgängig Frauen- und Familienpolitik mit einer fortdauernden Fixierung auf eine strukturelle funktionale Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern, so daß sie sich als bedeutendes Untersuchungsfeld für eine geteilte und zusammengehörende deutsche Nachkriegsgeschichte anbietet.

Medien und vergeschlechtlichte Selbst- und Fremdbilder:

Daß Medien bei der Hervorbringung von Selbst- und Fremdbildern eine zentrale Rolle spielen, hat Benedict Anderson am Beispiel des Druckmarktes für „die Erfindung der Nation“ herausgearbeitet. (Wie bei vielen anderen Nationalismusforschern spielt „Geschlecht“ hingegen in seiner Theorie zur Erfindung der Nation keine Rolle). Medien sind Vorstellungsher- wie darsteller gleichermaßen. Sie vervielfältigen Sinn- und Deutungsmuster, über die ihr Publikum eine Refiguration der eigenen Erfahrung bewirken kann, gleichsam seinen Weltbezug organisiert. Sie sind deshalb Vermittler des jeweils gültigen „Realitätsprinzips“ (Siegfried J. Schmidt).

In diesem Projekt sind die Medien zuallererst als Produzenten, Träger und Agenturen von vergeschlechtlichten Selbst- und Fremdbildern angesprochen. Ihre Bedeutung liegt jedoch noch auf einer prinzipielleren Ebene, dort, wo sie als Kommunikationsagenturen über ihre Mit-Teilungen Gemeinschaft stiften. Es ist das Spezifikum der „imagined community“, daß sie über keinen abgeschlossenen „Volkskörper“ aus Fleisch und Blut verfügt – dies gilt in historisch spezifischer Weise für beide deutsche Teilstaaten. Die „Polarisierungszwillinge“ (Hockerts) suchten ihn auch virtuell zu konstituieren. In diesen Formierungsprozessen spielten die Medien eine entscheidende Rolle, wie man nicht zuletzt an der Bedeutung des RIAS sehen kann. Vor allem der „Rund“funk – also Hörfunk und Fernsehen – schuf durch die Serialität seiner Programmstruktur für die jeweilige Gemeinschaft einen kollektiven Zeithorizont, gleichsam eine „nationale“ Zeit, die in den Alltagsroutinen des Publikums bestätigt wie abgelehnt werden konnte. Für das DDR-Publikum stellt sich im Blick auf Verflechtung und Abgrenzung die Frage nach einer „doppelten Zeitstruktur“, einem „doppelten Realitätsprinzip“, über das sie ihren Weltbezug organisierten und über das sie sich an der Frontlinie des Kalten Krieges bewegten.

Kalter Krieg und Familienbilder:

Daß der Kalte Krieg in vergeschlechtlichten Bildern kommuniziert wurde, belegt Wuermelings Einschätzung als Familienminister im zweiten Kabinett Adenauers, der 1954 „Millionen gesunder Familien mit rechtschaffenen erzogenen Kindern“ als militärisch ebenbürtige „Sicherung gegen die Gefahr der kinderreichen Völker des Ostens“ positionierte. Die ostdeutsche Variante setzte sich hingegen ab 1958 mit ihrem Konzept der „sozialistischen Familie“ entschieden von der „sogenannten westlichen Lebensweise ab“, die sich u.a. auch durch die „Rohheit in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern“ auszeichnete und damit den Untergang ihrer im Westen so vielbeschworenen „abendländischen Kultur“ sinnfällig mache. Nicht von ungefähr verdammt das Amt für Information und Agitation bei dieser Diagnose von 1961 deshalb vor allem massenmediale Kommunikate wie Filme, Magazinbeiträge und Musiken, in denen es wie die westdeutsche Führungselite eine besondere Gefährdung vor allem von Frauen und Jugendlichen witterte.

Elaine Tyler May hat für die USA gezeigt, wie die in der Nachkriegszeit erfolgte Zurückdrängung der Frauen ins Heim in Metaphern der „Eindämmung“ (Containment) kommuniziert wurde und als solche die us-amerikanische Außenpolitik in einer Phase des Kalten Krieges strukturierte. „Übersetzt in die Innenpolitik galt“ – wie sie schreibt – „das Heim als ‚Einflußsphäre‘,.. Es bleibt zu fragen, ob sich das Denken und Ordnen von und über „Geschlecht“ mit seiner Logik des Entweder-Oder nicht per se besonders eignet, um die sich einander ausschließenden Ideologien und Herrschaftsansprüche Kommunismus – Antikommunismus überhaupt hervorbringen zu können.

Untersuchungsmethoden

Die Entwicklungen der jeweiligen institutionellen Familienpolitiken bilden das chronologische Gerüst und den systematischen Focus des Projekts. Von hier aus wird „Geschlecht“ in den Selbst- und Fremdbildern des Kalten Krieges beschrieben. Dazu werden unterschiedliche Quellen hinzugezogen: Schriftgut, Texte aus Printmedien, Hörfunk, Film und Fernsehen, da die Untersuchung ja nicht zuletzt Medien als Quelle wie als Untersuchungsgegenstand in den Blick nimmt. Entsprechend wird ein Mix aus verschiedenen Untersuchungsmethoden vorgeschlagen, der von historischer Quellenkritik über medienspezifische Interpretationsmethoden wie Sequenz- oder Diskursanalyse bis hin zu ikonographischer Beschreibung reicht und der dazu dient, narrative Konfigurationen des Geschlechtlichen samt ihrer Resonanzen zu erschließen, die im medienvermittelten Kampf um richtige Selbst- und Fremdbilder Sinn und Bedeutung stifteten.

Christine Bartlitz

Die Medienarbeit der Katholischen Kirche im Kalten Krieg in Deutschland 1945–1961

Untersuchungsgegenstand

Scheinbar unbeschadet hatte die Katholische Kirche das Ende des nationalsozialistischen Systems institutionell wie auch moralisch überstanden. Im Gegenteil, machtvolle Prozessionen durch zerstörte westdeutsche Städte, umfassende caritative Hilfe und Zuspruch von der Kanzel für die Ausgebombten und Kriegsinvaliden, für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen ließen die Katholische Kirche zu einer angesehenen und einflußreichen Kraft in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft werden. Die Katholische Kirche mit ihrer festen Tradition bot Orientierung und Zuflucht in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ und repräsentierte für viele die „letzte moralische Instanz“, der noch vertraut werden konnte. Durch die Teilung Deutschlands und die Vertriebenen katholischen Glaubens stellte sie erstmals keine Minderheit mehr, sondern war ein bestimm-

mender Faktor in der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit und konnte nicht zuletzt gewisse Vorstellungen in der interkonfessionellen „Kanzlerpartei“ CDU mit zur Geltung bringen.

Die führende Rolle der Katholischen Kirche in der Medienkritik und die aktive Teilhabe an den Massenkommunikationsmitteln wurde von Papst Pius XII ausdrücklich begrüßt und gefördert (vgl. Enzyklika „Miranda prorsus“, 1957). Neben den Hirtenworten von der Kanzel gab es ein breites Spektrum von katholischen Zeitungen und Zeitschriften, die in der Öffentlichkeit präsent waren und die gesellschaftlichen Diskussionen mitbestimmten. Das Katholische Institut für Medieninformation und das Katholische Filmwerk nahmen regen Anteil an den visuellen Medien Film und Fernsehen, und die „Kanzel im Äther“ hatte bereits seit 1949 in allen Rundfunkanstalten ihren Platz gefunden und über die Jahre hinweg behauptet, was das konfessionsübergreifende „Wort zum Sonntag“ eindrucksvoll beweist.

Die Forderungen nach einer umfassenden Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft, die mit den Stichworten „Konfessionsschule“, „Unauflöslichkeit der Ehe“, „Schutz der Familie“ und die „Lösung der sozialen Frage“ hier nur angerissen werden können, waren eng mit dem sich zuspitzenden Systemkonflikt zwischen Ost und West verbunden. Vorrangiges Ziel war dabei die „ersehnte Wiedervereinigung mit dem Osten“ in einer „christlich gesicherte[n] Heimat“, wie es in einem Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl von 1953 heißt. Ein Merkmal des Kalten Krieges war auch die – in erster Linie durch die Massenmedien vermittelte – Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten und ihren jeweiligen Ideologien innerhalb der betroffenen Staaten und Gesellschaften. Die Vorstellung von einem modernen Religionskrieg zwischen „bolschewistischem Totalitarismus“ und „christlicher Weltordnung“ griff durch propagierte „Gemeinschaftsvorstellungen“ und politische Ausgrenzungen in den sozialen Alltag der Bürger ein. Das Dekret des Heiligen Stuhles von 1949, all jene zu exkommunizieren, die sich zur „materialistischen und christentumsfeindlichen Lehre der Kommunisten bekennen oder dieselbe gar verteidigen und verbreiten“ (Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl am 14. August 1949), verschärfte die Auseinandersetzungen auf der nationalen Ebene. Die in Zeitungen und Zeitschriften, Film, Rundfunk und Fernsehen vermittelten gesellschaftlichen Diskussionen über den Kampf gegen die drohende „Bolschewisierung“, die Frage nach Westintegration und Remilitarisierung oder auch der Rückgriff auf Werte und Ideale des „christlichen Abendlandes“ wurden zentral in der westdeutschen Öffentlichkeit positioniert. Die Warnung vor dem „Bonner Klerikalfaschismus“ gehörte dagegen zu den ideologischen Waffen der SED, die – wie auch im Westen – dazu dienen sollten, die Bürger des eigenen Staates unter dem massiven Einsatz von Feindbildern und Bedrohungsängsten auf die „richtige Seite“ zu bringen und dort auch sicher zu verankern.

Ziel des Forschungsvorhabens ist es daher, anhand der katholisch orientierten Massenmedien zu analysieren, in welcher Form und in welchem Umfang sich die Katholische Kirche mit dem Kommunismus/Bolschewismus im allgemeinen

und mit dem staatssozialistischen System der SED-Herrschaft in der „Ostzone“ im besonderen in der Zeit bis zum Mauerbau 1961 auseinandergesetzt hat. Parallel dazu soll das Verhältnis des SED-Regimes in der DDR zur Katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland vorrangig anhand massenmedialer Quellen untersucht werden, wobei auch die Frage nach möglichen Wechselwirkungen zwischen beiden Akteuren weiterführende Erkenntnisse verspricht.

Langsam aber sicher setzt sich die Forderung durch, Mediengeschichte nicht nur als Institutionengeschichte zu verstehen, sondern auch die massenmedialen Produkte gleichwertig in die historische Erforschung mit einzubeziehen. Neben einer Beschreibung und Darstellung der zentralen katholischen Medieninstitutionen und ihrer wichtigsten Protagonisten wie der Publizistischen Kommission und der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Presse, dem Katholischen Filmwerk und dem Katholischen Institut für Medieninformation mit seinen Publikationen *Film- und Fernsehdienst* und *Funkkorrespondenz* sowie den Aufsichtsgremien der Medienkontrolle in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist es daher auch notwendig, die Medienprodukte selbst nach Form und Inhalt zu befragen. Welche katholisch orientierten Massenmedien – zu nennen wären hier Zeitungen, Zeitschriften, Film, Rundfunk und später auch das Fernsehen – thematisierten in welcher Form die „Balance des Schreckens“ zwischen den beiden Weltmächten Sowjetunion und USA? Welche konkreten Inhalte, bezogen auf die Spaltung Deutschlands und die unterschiedliche Entwicklung von Politik und Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten, lassen sich in der katholischen Publizistik, den Meldungen der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) und den konfessionell orientierten Rundfunkbeiträgen ermitteln? Wo werden Differenzen innerhalb des katholischen Meinungsspektrums sichtbar, das sich schließlich von den *Frankfurter Heften* und ihrem anfänglichen Plädoyer für einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ (*Frankfurter Hefte* 1, 1946:1) bis hin zum Pater Gustav Gundlach SJ erstreckte, der den „Beweis“ erbrachte, daß eher ein Atomkrieg mit der Sowjetunion in Kauf genommen werden müsse, als eine lebensrettende Kapitulation, da der Weltuntergang im Heilsplan Gottes ausdrücklich vorgesehen sei.³ Ebenso sollte nach den verwendeten Begriffen, Bildern und Symbolen gefragt werden, mit denen die jeweiligen Freund- und Feindbilder des Kalten Krieges in der katholisch orientierten Presse aber auch in den Massenmedien der DDR illustriert wurden. Gab es spezielle, aktuelle Kampagnen gegen die Katholische Kirche in der Bundesrepublik, die vom SED-Politbüro, der kirchenpolitischen Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit oder auch dem Staatssekretariat für Kirchenfragen entwickelt und in der Öffentlichkeit verbreitet wurden oder handelte es sich eher um ideologisch-theoretische Auseinandersetzungen zwischen staatssozialistischer Ideologie und christlichem Weltbild katholischer Prägung?

³ Christoph Weber, Ultramontanismus als katholischer Fundamentalismus, in: Wilfred Loth, (Hg.), *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne*, Stuttgart 1991, S. 29.

Funktionsweise, Zielsetzung, Wirksamkeit und Aneignung von Medientexten sind nur im historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext zu analysieren. Von besonderem Interesse ist dabei, welche institutionellen und ideellen Ansatzpunkte, Kampagnen, Strömungen und beteiligte Protagonisten vorhanden waren, welche inhaltlichen Zielrichtungen verfolgt wurden und welche Vorstellungen und Grundüberzeugungen dabei im Hintergrund standen. In Hinblick auf die Zielsetzung der „Medienmacher“ stellt sich außerdem die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Medienrealität und sozialer Realität. Mit der Analyse von Medientexten wird die mediale Wirklichkeit rekonstruiert. Die Untersuchung von Presse-, Rundfunk-, Film- und Fernseherzeugnissen filtert daher zuerst einmal die Intention der politisch und redaktionell Verantwortlichen aus den Texten und Sendungen heraus.

Zwar ist das komplizierte Wechselverhältnis von gesellschaftlichen Entwicklungen und medial gelenkter Berichterstattung bei der Erforschung öffentlicher Kommunikationsstrukturen nur bedingt zu erfassen, darf aber dennoch nicht aus den Augen verloren werden, da nur so die Brücke zu mentalitäts- und alltagsgeschichtlichen Aspekten geschlagen werden kann. Die Frage nach der Aneignung wirft eine Vielzahl von damit verbundenen Fragestellungen auf, die sich mit der materiellen Existenz, der virtuellen Wirkungsweise und der sozialen Praxis der Nutzung von Massenmedien beschäftigen. Dabei ist die Kombination mehrerer Quellengattungen notwendig, um so zu Plausibilitätsannahmen zu gelangen, die weiterführende Erkenntnisse in Hinblick auf die Resonanz und Relevanz der massenmedialen Diskurse im historischen Kontext ermöglichen.

Eng mit der Frage der Aneignung verbunden ist der Blick auf das katholische „sozialmoralische Milieu“ (Rainer M. Lepsius) und die lebhaften Diskussionen um die Notwendigkeit einer Öffnung des „geschlossenen“ Katholizismus. Die aktive Teilhabe der Katholischen Kirche an den technisch-gesellschaftlichen Neuerungen nach 1945 und der damit verbundene Versuch, das katholische Volk für die Anliegen der Kirche und des Papstes zu mobilisieren, führt daher für den Untersuchungszeitraum von 1945 bis 1961 auch zu der Frage, ob Religion bzw. Konfession im Kalten Krieg entgegen oder aufgrund der gesellschaftlichen Modernisierung eine besondere Rolle spielte und wie diese in den Massenmedien vermittelt wurde.

Obwohl sich in der zeithistorischen Forschung in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt hat, Kirchengeschichte als Sozial- und Gesellschaftsgeschichte zu verstehen und als solche in die Geschichtswissenschaft zu integrieren, wurde das Thema Kirche und Massenmedien in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte eher vernachlässigt. So existiert bislang weder eine allgemeine überblickende Darstellung der katholischen Medienarbeit noch gibt es umfassende Analysen über die massenmedialen Produkte selbst, die sich nicht nur auf die unmittelbare Nachkriegszeit beschränken, sondern die Entwicklungen auch in den fünfziger Jahren in Hinblick auf geistige und ideologische Strömungen in der Katholischen Kirche sowie ihrer Rückwirkung auf das katholische Milieu näher untersuchen. Ebenso vergeblich ist die Suche nach neueren For-

schungen zur Frage des gegenseitigen Verhältnisses von Katholischer Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und dem staatssozialistischem System in der Deutschen Demokratischen Republik im Kontext des Kalten Krieges. Nach der ausführlichen thematischen Fixierung auf das Staat-Kirche-Verhältnis innerhalb der DDR ist es daher an der Zeit, die gegenseitige Wahrnehmung von Katholischer Kirche und SED-Regime diesseits und jenseits der Elbe genauer zu verorten.

Arnd Bauerkämper/Marcus M. Payk

„Aneignung als Verfremdung. Die Aufnahme und Vermittlung anglo-amerikanischer Demokratiemodelle in Westdeutschland von 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre“

Das Projekt behandelt in biographischen Fallstudien die widersprüchliche Adaption und komplexe Weiterentwicklung anglo-amerikanischer Demokratiemodelle. Damit wird das Verhältnis zu traditionellen politisch-kulturellen Orientierungen in Westdeutschland von 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre besonders beachtet.

Die Untersuchungen konzentrieren sich auf die Aneignung und Vermittlung der Wertegrundlage pluralistischer parlamentarisch-demokratischer Systeme westlicher Provenienz in ihrer Konfrontation und Verschmelzung mit deutschen Demokratietraditionen. Anhand biographischer Studien zu Akteuren, die als wichtige Multiplikatoren und Vermittler fungierten, soll der Beitrag einflußreicher Intellektueller zur „inneren Demokratisierung“ Westdeutschlands konturiert werden. Hierzu werden jeweils vier Historiker, Politikwissenschaftler und Publizisten in den Vordergrund gestellt, die als Remigranten bzw. als von 1933 bis 1945 in Deutschland verbliebene Personen die Aneignung und Vermittlung anglo-amerikanischer Demokratiemodelle nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich vorantrieben. Das Projekt trägt zur Forschung über den interkulturellen Transfer politischer Institutionen bei, entwickelt Konzepte der „Westernisierung“ weiter und legt exemplarisch politisch-kulturelle Auswirkungen der Konfrontation von Diktatur und Demokratie in Deutschland dar.

Das Projekt wird von beiden Bearbeitern in enger Kooperation arbeitsteilig durchgeführt. Während Arnd Bauerkämper (Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas) Historiker und Politikwissenschaftler untersucht, konzentriert sich das Teilprojekt von Marcus M. Payk auf Publizisten. Im Mittelpunkt dieser am ZZf bearbeiteten Dissertation stehen die Funktion und der Stellenwert der Publizistik für die Rezeption, Vermittlung und Weiterentwicklung anglo-amerikanischer Demokratievorstellungen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. Die Biographien von zwei Journalisten werden im Hinblick auf die dargelegte Problemstellung untersucht; weitere Publizisten sind anhand ihrer Veröffentlichungen zu berücksichtigen. Es soll dabei sowohl der Übergang von autoritären und gemeinschaftsakzentuierten Vorstellungen zu mehr demokratisch-liberalen Idealen herausgearbeitet wie auch die Binnendifferenzierung und

Präzisierung des ubiquitären Schlagwortes „Demokratie“ in der publizistischen Reflexion der frühen Bundesrepublik erforscht werden. Neben einer Einbettung dieser Prozesse in den Kontext des Kalten Krieges will das Projekt zugleich den zeitgenössischen demokratietheoretischen Stellenwert einer unabhängigen Presse – auch in der publizistischen Selbstsicht – herausarbeiten.